



Datum: 15.03.2019

| Vorlage der Verwaltung für: | Abstimmergebnis |      |       |
|-----------------------------|-----------------|------|-------|
|                             | Ja              | Nein | Enth. |
| Haupt- und Finanzausschuss  |                 |      |       |
| Stadtvertretung             |                 |      |       |

|                                                         |                                                   |
|---------------------------------------------------------|---------------------------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> öffentliche Sitzung | <input type="checkbox"/> nichtöffentliche Sitzung |
|---------------------------------------------------------|---------------------------------------------------|

|                 |                         |                           |
|-----------------|-------------------------|---------------------------|
| Dezernat:<br>II | Amt:<br>Finanzabteilung | Sachbearb.:<br>Herr Plett |
|-----------------|-------------------------|---------------------------|

|                   |               |          |   |    |     |
|-------------------|---------------|----------|---|----|-----|
| Beteiligte Ämter: | Sichtvermerk: | gesehen: | I | II | III |
|                   |               |          |   |    |     |

**TOP: Resolution zur Abschaffung der Straßenbaubeiträge - Antrag der SPD-Ratsfraktion***Produktgruppe: 54.01 Öffentliche Verkehrsflächen und -anlagen*1. Beschlussvorschlag:

Dem Haupt- und Finanzausschuss sowie der Stadtvertretung zur Beratung und Entscheidung vorgelegt.

2. Sachverhalt und Begründung:

Mit Schreiben vom 10.02.2019 an den Bürgermeister der Stadt Schmallenberg stellte die SPD-Ratsfraktion folgenden Antrag:

**Der Rat der Stadt Schmallenberg beschließt die Resolution zur Abschaffung der Straßenbaubeiträge.**

Das Schreiben ist dieser Vorlage als Anlage beigelegt. Der Antrag ist in der Sitzung der Stadtvertretung am 21.02.2019 zur weiteren Beratung in die Fraktionen verwiesen worden. Über die weitere Behandlung des Resolutionsantrages ist nunmehr in der kommenden Sitzungsrunde zu entscheiden.

Der von der SPD-Fraktion vorgeschlagene Resolutionstext lautet wie folgt:

*Der Rat der Stadt Schmallenberg fordert die Landesregierung NRW per Resolution auf, die Bürger per Gesetzesänderung des KAG § 8 von der Pflicht zur Zahlung von Straßenausbaubeiträgen zu befreien. Die Kosten für diese zu entlastenden Ausbaubeiträge, werden den Städten und Gemeinden zukünftig in vollem Umfang vom Land Nordrhein-Westfalen erstattet.*

**Begründung:**

*Die Kosten durch Straßenausbaubeiträge belasten die Bürger auch in der Stadt Schmallingenberg enorm. Oftmals reichen die Beiträge in den fünfstelligen Bereich und bringen zahlreiche Eigentümer in finanzielle Schwierigkeiten. Auch durch die Möglichkeiten von Stundung und Ratenzahlungen lassen sich die Belastungen der Eigentümer nur unzureichend abfedern. Oftmals werden anliegerbeitragspflichtige Straßen auch enorm durch Fremd- und Schwerlastverkehr enorm belastet.*

*Daher soll auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen für den Um- und Ausbau von öffentlichen gewidmeten Straßen, Wegen und Plätzen zukünftig verzichtet werden.*

*Dies betrifft nicht die erstmalige Herstellung der vorstehend genannten Anlagen. Als Ausgleich erhalten Städte und Gemeinden künftig kostendeckende Zuweisungen aus Landesmitteln.*